

Pressespiegel zur Gründung des Rates der Religionen Frankfurt

7.4.09

Frankfurter Rundschau FR

Rat der Religionen gegründet

Vertreter aus neun verschiedenen Religionsgemeinschaften haben am Montag die Gründung des Rats der Religionen gefeiert. Dem Rat gehören 23 Mitglieder aus christlichen, jüdischen, muslimischen, buddhistischen und hinduistischen Gruppen an. Als Sprecher des sechsköpfigen Vorstands fungiert für zwei Jahre der Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche, Athenagoras Ziliaskopoulos. Das Integrationsdezernat unterstützt und berät den Rat, ohne ihm selbst anzugehören. Dessen Ziel ist unter anderem, zu Fragen des Zusammenlebens Stellung zu nehmen. F2-4

Interreligiöser Dialog Buddhisten, Christen, Juden und Muslime wollen voneinander lernen – nicht nur in einem neu gegründeten Rat, sondern auch in der Seelsorge für Kranke und alte Menschen.

Einander kennenlernen

Der Rat der Religionen will den Dialog über Glaubensfragen aus akademischen Sälen in die breite Öffentlichkeit tragen

Von Martin Müller-Bialon

Das können lustige Sitzungen werden im Rat der Religionen. Der Vorsitzende des am 1. April gegründeten Gremiums, Athenagoras Ziliaskopoulos, entpuppte sich jedenfalls am Montag beim offiziellen Festakt im Literaturhaus als echter Scherzkeks. Gleich zu Beginn der Feier gab der Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche einen Witz zum Besten: „Ein Rabbiner, ein Imam und ein Pfarrer unterhalten sich über Mäuseplagen in Synagoge, Moschee und Kirche. Ich habe überall Fallen aufgestellt“, sagt der Rabbiner. „Ich habe im Koran gelesen“, sagt der Imam. Der Pfarrer erklärt, er habe die Plage beseitigt, indem er die Mäuse getauft habe. „Jetzt kommen sie nur noch an Weihnachten.“ Für die ausreichende Menge Humor scheint also gesorgt zu sein in dem Rat, dessen Gründung fünf Jahre währende Sondierungsgespräche eines Initiativkreises vorangingen. Vergangenen Mittwoch hatten sich die Vertreter von insgesamt 23 Religionsgruppen aus neun Religionen oder Religionsgemeinschaften auf eine Satzung geeinigt und einen aus sechs Personen bestehenden Vorstand gewählt. Ort der Gründungsversammlung war das Dezernat für Integration. Dessen Leiterin, Stadträtin Nargess Eskandari-Grünberg, weilte währenddessen auf einer Dienstreise in Israel.

Ohnehin betonte die Grünen-Politikerin, der Rat der Religionen sei bewusst „keine Institution der Stadt“. Das öffentliche Leben sei säkular, und das solle auch so bleiben. Als Integrationsdezernentin sehe sie sich „als Partnerin des Rats“. Formelles Mitglied ist die Stadt nicht. Sie habe die Gründung des Rats unterstützt, weil sie es als ihre Aufgabe ansehe, Menschen – auch diejenigen unterschiedlicher Religionen – zusammenzubringen. Mit der jetzt erfolgten Gründung sei man in diesem Prozess „nicht nur einen Schritt weiter, wir können neue Wege gehen“. Um theologische Fragen werde sich der Rat, der in dieser Form einmalig in Deutschland sei, nicht kümmern, betonte der Vorsitzende Ziliaskopoulos. „Dafür gibt es bereits genügend Gremien.“ Vielmehr werde man sich zu Alltagsfragen äußern. „Es ist Zeit, dass der interreligiöse Dialog die engen Räume der akademischen Säle verlässt und sich der breiten Gesellschaft widmet“, meinte Ziliaskopoulos. Zu Themen wie der Moschee-Debatte werde sich der Rat äußern. Wobei er ein bisschen neidisch sei auf die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Moschee-Bau ausgelöst habe. „Vom Bau unserer neuen Kirche am Westbahnhof wird kaum Notiz genommen.“ Konkrete Beispiele für Interventionen des Rats nannte Eskandari-Grünberg: Sie hoffe, dass Krankenhäuser und Beratungsstellen „ihren Umgang mit andersgläubigen Patienten und Klienten verbessern können“. Weiter setze sie auf „Impulse für die Jugendarbeit“ und die Überwindung von Fremdheit in neuen Wohngebieten. Den Kontakt städtischer Stellen zu fremdsprachigen Priestern und Predigern möchte die Stadträtin vertiefen. Aber auch an der Planung weiterer religiöser Bauten – „ob Tempel, Pagoden, Moscheen oder Kirchen“ – soll sich der Rat beratend beteiligen. Noch im April wird sich das Gremium zu seiner ersten Arbeitssitzung treffen. In welchem Turnus man dann weiter tagen werde, sei noch offen, erklärte der Vorsitzende. Als Geschäftsstelle dient bis auf Weiteres das Büro der evangelischen Pfarrerin für interreligiösen Dialog, Ilona Klemens, an der Neuen Kräme. In dem Rat sind von Seiten der großen Religionen hochkarätige Würdenträger vertreten. So repräsentiert unter anderem Rabbiner Menachem Klein die jüdische Gemeinde, Pröpstin Gabriele Scherle die evangelische sowie Stadtdekan Raban Tilmann die katholische Kirche. Ratsherr für die Muslime ist Ünal Kaymakci von der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen. Die nicht im Rat vertretene sunnitische Gruppe Ditib begleite das Projekt „wohlwollend“, versicherte Kaymakci. Erstes Ziel des Rats sei, „dass wir uns

besser kennen lernen“, betonte Ziliaskopoulos. Zu diesem Zweck hatte der Vorsitzende noch einen zweiten Witz auf Lager: „Ein Iman und ein Pfarrer sind Nachbarn. Als der Pfarrer sein Auto wäscht, holt der Iman die Säge und schneidet an seinem Auto den Auspuff ab. Auf die Frage des Pfarrers, was das solle, antwortet er: Wenn Du Dein Auto taufst, beschneide ich mein Auto.“

Leitartikel

Werbung für Werte

Martin müller-bialon

Debatten wie die über das Moschee-Projekt in Hausen sollte es künftig nicht mehr geben. Die Satzung des Rats der Religionen lässt dafür keinen Raum

Einstimmig haben die im Rat der Religionen vertretenen Repräsentanten der Satzung des neuen Gremiums zugestimmt. Darauf wurde bei der Gründungsfeier am Montag immer wieder verwiesen. Nicht zu unrecht, denn immerhin verpflichten sich Christen wie Juden, Muslime, Hindus oder Buddhisten in Frankfurt nun zur „Achtung des Grundgesetzes und seiner darin garantierten negativen wie positiven Religionsfreiheit“ wie auch zur „Bereitschaft, Gemeinsamkeiten zu suchen und Unterschiede zu achten“. Die Mitglieder des Rats haben die Aufgabe, in ihren jeweiligen Glaubensgemeinschaften für diese Werte zu werben. Das ist das positive Signal, das von dieser Gründung ausgeht: Es gibt nun verbindliche Werte, auf die sich alle verpflichtet haben. Auch die Christen. Unselbige Debatten wie die über das Moschee-Projekt in Hausen sind damit in Zukunft zumindest institutionell ausgeschlossen. Denn wer zur Religionsfreiheit steht, kann den Bau eines religiösen Gebäudes nicht ernsthaft ablehnen. Erst recht nicht mit dem Hinweis auf Länder, die diesbezüglich weniger Toleranz walten lassen. Integrationsdezernentin Eskandari-Grünberg hat am Montag geäußert, sie sei „stolz auf unser Land und seine öffentliche Ordnung“. Ein denkwürdiger Satz einer im Iran geborenen Politikerin, der auf die vorbildlichen Anstrengungen für Integration und Toleranz hinweist.

Wie zukunftsweisend die Idee eines Rats der Religionen ist, hat sich bereits gezeigt. Im Integrationsdezernat ging, wie Eskandari-Grünberg berichtete, dieser Tage eine Mail aus Amsterdam ein. Die niederländische Metropole fragt an, was es mit dem Rat auf sich hat und wie die ersten Erfahrungen seien. Wie es scheint, wird die Idee bald Nachahmer finden. Dennoch sollte man die Möglichkeiten des Rats nicht überschätzen. In schwierigen Konflikten wie eben dem Moscheebau kann diese Institution zwar eine wichtige Vermittlerrolle spielen. Denkbar sind aber auch eine Reihe von Konflikten, die sich der Autorität des Gremiums entziehen. Etwa wenn es um Frauenrechte geht. Zum Thema Kopftuch könnte sich der Rat nicht äußern – es berührt theologische Fragen, die dort ausgeklammert bleiben sollen. Ob sich der Spagat zwischen theologischen und lebensnahen Fragestellungen auf Dauer durchhalten lässt, ist zumindest fraglich. Bisweilen können verbrieft Grundrechte und Religionsfreiheit eben in Konflikt geraten. So verstößt das Kopftuchverbot für Lehrerinnen gegen die Religionsfreiheit, gleichzeitig könnte man im Tragen des Kopftuchs aber auch eine Diskriminierung der Frau erkennen, die laut Satzung verboten ist. Ganz ohne Theologie wird der Rat also wohl nicht auskommen. Sei's drum, Hauptsache der Dialog ist in Gang.

Leitartikel

Signal des Vertrauens

Dass im Rat der Religionen die christlichen Kirchen so spärlich vertreten sind, ist gewollt - damit mit Sikhs und Mormonen ein Dialog auf Augenhöhe zustande kommt

MARTIN MÜLLER-BIALON

Ein bisschen komisch ist das schon. Die Sikhs sind im Rat der Religionen stärker vertreten als die evangelische Kirche. Nur wenn man die Vertreterin der ausländischen evangelischen Gemeinden dazuzählt, besteht zahlenmäßig Gleichstand. Sogar die Mormonen dürfen einen eigenen Vertreter schicken.

Da haben sich die Relationen ganz schön verschoben. Den Sikhs etwa werden im Rhein-Main-Gebiet um die 5000 Mitglieder zugeordnet. Die Mormonen dürften in Frankfurt nicht mehr einige Hundert Mitglieder zählen.

Im Vergleich zur evangelischen Kirche mit ihren 135 000 verbliebenen Kirchensteuerzahlern sind das kleine Fische. Und doch sitzen sie im gerade gegründeten Rat der Religionen gleichberechtigt nebeneinander. Und genau in diesem Punkt offenbart sich die wegweisende Idee dieses neuen Gremiums. Es ist keine Schwäche, sondern die entscheidende Stärke des Rats, dass er keinen Wert auf Proporz legt.

Bewusst haben die Initiatoren darauf verzichtet. Was wäre auch schon da bei herausgekommen außer einer erdrückenden Dominanz der christlichen Kirchen, die einen wirklichen Dialog mit den anderen Religionen so gut wie unmöglich gemacht hätte?

Nein, wenn man auf Augenhöhe reden will, dann muss sich der Größere eben etwas bücken, sonst wird das nichts. Die potenziellen Konflikte, bei denen der Rat eine vermittelnde Rolle spielen könnte, haben mit Bevölkerungsanteilen ja auch wenig zu tun.

Wenn beispielsweise Berichte über angebliche Ehrenmorde oder Kopftuchzwang die Runde machen, dann sind einige Leute mit pauschalen Verunglimpfungen schnell bei der Hand.

Auch bei der Moschee-Debatte meldete sich eine - abendländisch-bürgerliche - Minderheit zu Wort und sprach einer anderen Minderheit das Recht ab, ein Gebetshaus zu bauen. Erst eine Mehrheit weltoffen-toleranter Demokraten beendete das Treiben.

Man sieht: Mit dem Schielen auf die Bevölkerungsstatistik lassen sich Probleme nicht lösen. Hier ist der Rat der Religionen auf dem richtigen Weg.

Wobei eines nicht vergessen werden darf: Gerade die christlichen Kirchen haben mit dem Verzicht auf eine proportionale Sitzverteilung Größe gezeigt, sich "zurückgenommen", wie es die Pröpstin Gabriele Scherle ausgedrückt hat.

Sie haben damit den kleineren Religionen ein Signal des Vertrauens gesandt. Und sie tun dies in der Gewissheit, dass dieses Vertrauen nicht missbraucht wird. Dieses Signal wird in die verschiedenen Religionsgruppen ausstrahlen, und allein deshalb hat sich die Gründung des Rats schon gelohnt. Einfach ist dieser Weg freilich nicht. Konflikte werden sich nicht vermeiden lassen, sie sind geradezu systemimmanent.

Die Frage wird sein, wie lange es jeweils dauern wird, bis sich der Rat zu einer gemeinsamen Haltung in kniffligen Fragen durchringen kann. Laut Satzung sind Mehrheitsentscheidungen zwar nicht unbedingt gewollt, aber möglich.

Der gute Wille ist, so scheint es, bei allen Beteiligten vorhanden. Sollte es dennoch vorkommen, dass der Rat sich einmal nicht einigen kann, käme dies keinesfalls einem Scheitern gleich.

Dieser Fall ist quasi schon in der Satzung des Rats der Religionen geklärt. Darin verpflichten sich die Mitglieder, "Gemeinsamkeiten zu suchen und Unterschiede zu achten". F8

Frankfurter Neue Presse



Im Literaturhaus an der Schönen Aussicht stellte sich der Rat der Religionen gestern vor. Foto: Rainer Ruffer

Alle Religionen an einem Tisch

Frankfurt. Es ist vollbracht. Nach fünfjähriger intensiver Vorarbeit wurde jetzt der «Rat der Religionen Frankfurt» gegründet. Er vertritt künftig alle großen Glaubensgemeinschaften der Stadt, vor allem im Dialog mit der Kommune. «Es ist vollbracht» waren die letzten Worte Jesu am Kreuz. So steht's geschrieben in der Johannes-Passion, und so wird es am Karfreitag wieder in allen christlichen Gottesdiensten verkündet. Die Worte passen aber auch zum zähen Ringen der Religionen um ihren gemeinsamen Rat. Die Frankfurter Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg betonte gestern bei der Vorstellung des soeben gewählten Vostands, dass sich die Arbeit «noch zu entwickeln» habe. Klar sei jedoch, dass es bei dieser Arbeit nicht um theologische Fragen gehen könne. «Unser politisches Leben ist weltanschaulich neutral. Daher habe ich entschieden, keine Geschäftsstelle des Rates bei der Stadt Frankfurt anzubieten und der Stadt auch keine Mitgliedschaft einzuräumen.» Einig war sich der Vorstand darin, dass es den Rat ohne die engagierte Arbeit des Initiativkreises nicht gäbe und ohne die Integrationsdezernentin nicht schon jetzt.

Der Rat wird geleitet vom Vorsitzenden Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos (Griechisch-Orthodoxe Gemeinde) und dessen Stellvertreter Ünal Kaymakci (Islamische Religionsgemeinschaften). Beide sind deutsche

Staatsbürger, stammen aber aus Griechenland (Ziliaskopoulos) beziehungsweise der Türkei (Kaymakci). Allein der intensive Dialog zwischen den beiden vor der Ratsgründung sei ein positives Beispiel für das Gespräch zwischen den Religionen gewesen, so der Vorsitzende. Betont wurde auch, dass prinzipiell jede Religion den Frieden wolle, dass es aber dennoch immer mal wieder zu Spannungen komme. Das gegenseitige Kennenlernen im Rat der Religionen und zwischen den Religionen selbst sei ein wichtiger Schritt in eine gemeinsame Zukunft. Mehr vom anderen zu wissen verhindere so manches Missverständnis. Der Frankfurter Rat der Religionen ist in dieser Form bundesweit einmalig. Zwar gibt es in einigen Städten wie Köln schon länger einen «Rat der Religionen», doch sind diese Gremien für den interreligiösen Dialog in die Arbeit der Kommunen eingebunden. Und so freute sich die Integrationsdezernentin gestern auch, dass «wir nicht nur einen Schritt weitergekommen sind, sondern neue Wege gehen können». Die Ziele des Rats beschränkten sich nicht nur auf Beratung, sondern sollen auch Konsequenzen fürs kommunale Handeln haben. 23 Mitglieder hat der Rat der Religionen, der Vorstand ist auf zwei Jahre gewählt. 56 der insgesamt 150 Religionsgemeinschaften in Frankfurt waren vom Initiativkreis eingeladen worden, mitzumachen. Neun Glaubensgemeinschaften bekamen schließlich Sitze im 23-köpfigen Rat der Religionen. Dazu gehören alle großen Weltreligionen (katholische und evangelische Christen, Islamisten, Juden, Buddhisten). Der «Rat der Religionen» war am 1. April abends um 23 Uhr im Frankfurter Integrationsdezernat beschlossene Sache. Kaum hatte die Dezernentin die Nachricht als Mitglied einer Frankfurter Delegation in Tel Aviv erhalten, gab sie die Info an die Oberbürgermeisterin weiter. «Petra Roth hat sich sehr gefreut», sagte Eskandari-Grünberg. «Bei diesem Rat geht es um das Zusammenleben in unserer Stadt», so die Stadträtin. «Das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger ist durch Religion bestimmt, auch der Alltag derjenigen, die sich selbst keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen. Stadtpolitik und Öffentlichkeit brauchen eine solche andere Stimme zu einer Zeit, da viele Menschen Werte und Maßstäbe suchen und manche meinen, mit oder gegen Religion Politik machen zu können. Dem privaten Initiativkreis, der den Rat in den vergangenen fünf Jahren vorbereitet hat, gehörte auch Ilona Klemens an, evangelische Pfarrerin für Interreligiösen Dialog. Ihre Diensträume werden zunächst auch die Geschäftsstelle des Rats der Religionen sein. Das Gremium hat derzeit noch keinen eigenen Etat. Für den Ratsvorsitzenden Athenagoras Ziliaskopoulos ist es «notwendig, dass wir den ‚Anderen‘ nicht nur akzeptieren, sondern uns ernsthaft um ihn kümmern, ihn kennenlernen, ihn als wichtigen, nicht mehr wegzudenkenden Teil des Ganzen sehen.» Ein wichtiges Signal soll vom Rat ausgehen: dass Religion nicht trennt, sondern verbindet. Wa

Zweifel bleiben

Der „Rat der Religionen“ ist eine gute Idee. Er wird in Zukunft ganz gewiss zum wichtigen Gremium für das Zusammenleben in unserer multikulturellen Stadt und für den interreligiösen Dialog in Frankfurt. Es war klug, alle wichtigen Glaubensgemeinschaften ins Boot zu holen. Allerdings besteht die Gefahr, dass der Rat vor lauter Proporz und Demokratie erheblich an Bedeutung, an Gewicht verliert. Noch schlimmer ist aber, dass die Protagonisten zum Teil aus der zweiten Reihe kommen. Integrationsdezernentin Eskandari-Grünberg hat es positiv ausgedrückt und den großen christlichen Religionen dafür gedankt, „dass sie sich zurückgenommen haben“. In Wahrheit bedeutet das aber: Weder der katholische Stadtdekan Raban Tilmann noch die evangelische Pröpstin Gabriele Scherle oder die Vorsitzende des Evangelischen Regionalverbands, Esther Gebhardt, gehören dem Vorstand an. Im vergangenen August, bei der Vorstellung der gemeinsamen Rats-Idee, sah das noch ganz anders aus. Damals saßen alle drei mit am Tisch. Gestern war nichts von ihnen zu sehen. Der Ratsvorsitzende, Priester der Griechisch-Orthodoxen Kirche, mag bestens für die Arbeit geeignet sein - aber kann er auch die katholischen und evangelischen Christen in Frankfurt überzeugend vertreten? Das mag zu eng gedacht sein, aber die Zweifel sind da. Und der Verdacht, dass einige erst mal die „Reserve“ auflaufen lassen, um zu sehen, was passiert. Das aber hat der „Rat der Religionen“ nicht verdient. Denn er ist eine gute Idee.

FNP 21.04.2009 [Lokales](#)

Leserbrief zum Kommentar «Zweifel bleiben» über die Gründung des «Rats der Religionen» Frankfurt:

Griech.-orth. Pfarrer hat das Vertrauen aller

Herr Pfr. Athenagoras Ziliaskopoulos ist aus den fünf christlichen Mitgliedern im Rat der Religionen einstimmig zu ihrem Vertreter in den Vorstand gewählt worden und genießt unser volles Vertrauen. Wir widersprechen Ihrer Einschätzung, dass er quasi von den beiden großen Kirchen als «Reserve» vorgeschickt worden sei «um zu sehen, was passiert».

Sie haben einerseits offenbar wenig Kenntnis von der Qualität des ökumenischen Dialogs zwischen den christlichen Kirchen in Frankfurt, der es in der Tat möglich macht, dass alle Christen im Rat der Religionen sich von einem griechisch-orthodoxen Priester bestens vertreten fühlen. Darüber hinaus fordern wir Respekt vor der Würde seines Amtes als Archimandrit des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel sowie als Stellvertreter des Bischofs für Hessen und Rheinland-Pfalz

Gabriele Scherle, Pröpstin für Rhein-Main (EKHN), Raban Tilmann, Frankfurter Stadtdekan (Bistum Limburg), Ilona Klemens, Pfarrerin für Interreligiösen Dialog Frankfurt, Geschäftsführung Rat der Religionen.

60 311 Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ



Neuer Rat der Religionen will Toleranz fördern

Frankfurter Magistrat erhofft sich starke Impulse / Großer muslimischer Verband vorerst nicht dabei
toe. FRANKFURT. Als wichtiges Element für ein friedliches Zusammenleben der Frankfurter Bürger haben Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Die Grünen) und der griechisch-orthodoxe Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos gestern den neuen Rat der Religionen bezeichnet. Ziliaskopoulos ist der Vorsitzende des Rates, dem 23 Mitglieder mehrerer Religionsgemeinschaften angehören und der, wie berichtet, am 1. April gegründet worden war. Gestern wurde er der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ziliaskopoulos sagte, der Rat solle gegen Gewalt, religiösen Fanatismus und Diskriminierung kämpfen, sich für ein friedliches Miteinander der Frankfurter einsetzen und „für Toleranz und Akzeptanz plädieren“. Das Gremium verstehe sich als Ratgeber und Partner der Stadt. Eskandari-Grünberg hob hervor, dass der Rat nicht zur Stadtverwaltung gehöre, die der weltanschaulichen Neutralität verpflichtet sei. So gesehen, sei der Rat einzigartig in Deutschland. Jenseits theologischer Fragen soll der Rat Eskandari-Grünberg zufolge beispielsweise zu einem besseren Umgang mit andersgläubigen Patienten in Kliniken beitragen, Fremdheit von Bürgern in Stadtteilen abbauen und die Stadt beim Errichten religiöser Bauten beraten. Auch erhofft sich die Stadträtin Impulse für die Jugendarbeit, für eine „interkulturelle Pädagogik“ in Kindergärten und Schulen oder für einen islamischen Religionsunterricht. Mitglieder des Rats sind die Jüdische Gemeinde, die beiden großen Kirchen und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, vier muslimische, drei buddhistische und zwei hinduistische Gemeinden, außerdem die Sikh-, die Bahai- und die Ahmadiyya-Gemeinde sowie die Mormonen. Jede Religionsgemeinschaft hat mindestens einen Vertreter in den Rat entsandt. Der Vorstand hat sechs Mitglieder und ist zunächst für zwei Jahre gewählt. Stellvertreter von Ziliaskopoulos ist Ünal Kaymakci von der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH). Der Rechtsanwalt ist auch Sprecher jener türkisch-pakistanischen Gemeinde, die in Hausen eine repräsentative Moschee errichten will. Nicht vertreten ist der vergleichsweise große türkisch-islamische DITIB-Verband. Er habe sich entschlossen, in den ersten zwei Jahren nicht dabei zu

sein, wolle die Entwicklung aber beobachten, so Kaymakci. Das wird aus dem Ditib-Verband bestätigt. Der Grund für den vorübergehenden Rückzug von Ditib dürfte in Auseinandersetzungen zwischen diesem Verband und der IRH in den vergangenen Jahren liegen. Kaymakci vertrat die Meinung, die vier muslimischen Vertreter im Rat stünden für die Gesamtheit der Muslime in der Stadt. Der Rat geht auf das Engagement eines Kreises zurück, der sich seit 2004 traf. Eine treibende Kraft war die evangelische Pfarrerin für interreligiösen Dialog in Frankfurt, Ilona Klemens, die nun auch als Geschäftsführerin des Gremiums fungiert. Eskandari-Grünberg hat die Gründung des Rates unterstützt. „Die soziale Rolle von Religionsgemeinschaften ist aus unserem Alltag nicht hinwegzudenken“, sagte sie. Gleichwohl sei ihr wichtig gewesen, dass auch das Recht der Menschen, nicht religiös leben zu wollen, in die Satzung des Rates aufgenommen worden sei. Darin ist auch festgeschrieben, dass die Ratsmitglieder sich dazu verpflichten, das Grundgesetz zu achten, Gemeinsamkeiten zu suchen und Unterschiede zu achten sowie auf eine Missionierung zu verzichten. Der Rat wolle kein Gremium „gegen nichtreligiöse Menschen“ sein, sagte Ziliaskopoulos. Überdies wolle er andere interreligiöse oder ökumenische Initiativen nicht ersetzen, sondern unterstützen. Wie oft der Rat zusammenkommt, ist noch nicht entschieden. Es soll regelmäßige Sitzungen, aber auch kurzfristig einberufene Treffen geben. Nach Ostern wollen Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und Eskandari-Grünberg die Ratsmitglieder im Römer empfangen.

Kommentar

Guter Rat ist nötig

Von Stefan Toepfer

07. April 2009 Dass fromme Menschen beten, ist klar. Dass sie gemeinsam, religionsübergreifend beten, nicht. Deswegen blieben die Vertreter des neuen Frankfurter Rats der Religionen auf die Frage, ob sie vor ihren Sitzungen beteten, einen Moment lang stumm. Wen sollten Juden, Christen, Muslime, Buddhisten, Hinduisten und die anderen Religionsvertreter auch gemeinsam anrufen?

Es ist gut, dass der Rat die Überwindung theologischer Differenzen nicht in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt. Er soll ja kein religiöser Einheitsrat sein, sondern ein Gremium, das die Stadtpolitik berät und einen Beitrag zu einem besseren sozialen Klima in der Stadt leistet. Da ist guter Rat nötig. Leider hat die Runde gestern die erste Chance dazu verpasst. Warum hat sie sich nicht klar für einen islamischen Religionsunterricht ausgesprochen? So blieb es eher bei allgemeinen Aussagen. Die erste Bewährungsprobe für die argumentative Macht der Ratsmitglieder dürfte in Frankfurt jedenfalls nicht lange auf sich warten lassen. Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Die Grünen) tat gut daran, die Initiative zur Gründung des Rats zu fördern, ohne ihn eng an die Stadtverwaltung anzubinden. Überzeugend legte sie gestern dar, worin auf der Suche nach „gemeinsamen Werten“ in der Stadt der Nutzen des Gremiums für die Integrationspolitik liegen kann.

Nun kommt es auf zweierlei an: Die Ratsmitglieder müssen ihre Beschlüsse auch in ihren eigenen Religionsgemeinschaften vermitteln – sonst droht die Gefahr, dass ihre Treffen folgenlos bleiben und sie nicht die „breite Gesellschaft“ erreichen, wie es der Ratsvorsitzende Athenagoras Ziliaskopoulos formuliert hat.

Zudem sollte es gelingen, den großen türkisch-islamischen Ditib-Verband in den Rat zu holen, um diesem mehr Gewicht zu geben. Ditib will zunächst nur einen Beobachterstatus einnehmen. Grund ist eine offenbar recht tiefsitzende Abneigung gegen die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, die im Rat vertreten ist. Alte Streitereien, wer die Muslime wahrhaftig vertritt, sollten aber langsam beiseite gelegt werden. Dazu sollte auch Ditib irgendwann über seinen Schatten springen; es scheint, als sähen dies einige seiner (jüngeren)

Mitglieder inzwischen auch so. Dass auch ohne Ditib ein Anfang gemacht wurde, ist aber richtig. Magistrat und Stadverordnete sollten von dem Rat des Rats rege Gebrauch machen.
Text: F.A.Z.

BILD-Zeitung

Einmalig in Deutschland! Rat der Religionen gegründet

Sie schaffen Frieden in Frankfurt

Religion trennt nicht, sie kann verbinden.

Klaus Jork (71) vom Tibethaus Frankfurt vertritt 3000 Anhänger Buddhistischer Gemeinden. Arzt, Autor. Gibt Kurse zur tibetischen Medizin, Meditation. Vorsitzender Deutsch-Indische Gesellschaft.

Klaus Jork (71) vom Tibethaus Frankfurt vertritt 3000 Anhänger Buddhistischer Gemeinden. Arzt, Autor. Gibt Kurse zur tibetischen Medizin, Meditation. Vorsitzender Deutsch-Indische Gesellschaft.

Mohammad Ilyas (35) ist der Vertreter der muslimischen Gemeinde Ahmadiyya. Diplom-Informatiker, Sachbuch-Autor. Mitglied im Beirat des Magazins „Revue der Religionen“.

Israel Menachem Halevi Klein (60), Jüdische Gemeinde Frankfurt (7161 Mitglieder). Studierte Psychologie und Philosophie. Bis 1993 Rabbiner in Tel Aviv, dann Gemeinderabbiner in Frankfurt.

Stadträtin Nargess Eskandari-Grünberg

Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos (38) ist Vorsitzender. Vertritt christliche Kirchen. Bischöflicher Vikar Hessen und Rheinland-Pfalz. Stellv. Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen.

Ünal Kaymakci (36), Stellvertr. Vorsitzender. Vertritt 40 muslimische Gemeinden. Anwalt. Stellvertr. Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft Hessen. Generalsekretär der Hazrat Fatima Moschee.

Brij Mohan Aurora (79) ist Vizepräsident der Vishwa Hindu Parishad Frankfurt und Vertreter der hinduistischen Gemeinden. Studierte Sanskrit, BWL, arbeitete als Buchhalter.



In Frankfurt wurde der „Rat der Religionen – Frankfurt“ gegründet. Er umfasst 23 Mitglieder aus 9 Religionsgemeinschaften: Jüdische Gemeinde, Christliche Kirchen, Islamische, Buddhistische, Hinduistische Religionsgemeinschaft, Sikh Gemeinde, Baha´i Gemeinde, Ahmadiyya Gemeinde und Mormonen.

Der Rat will die Zusammenarbeit der Religionen fördern. Vorsitzender Athenagoras Ziliaskopoulos: „Wir dürfen den ´Anderen´ nicht nur akzeptieren, müssen ihn auch kennenlernen. Anderssein und Andersglauben bereichert und festigt im Glauben.“

Konflikte sollen bewältigt, gegenseitige Ängste abgebaut werden. „Es geht nicht um ideologische Beschlüsse“, sagt Ünal Kaymakci, Stellvertretender Vorsitzender. Stadträtin Nargess Eskandari-Grünberg vertritt als Partner die Stadt. „Die Jugendarbeit kann vom Rat profitieren, Kliniken und Beratungsstellen ihren Umgang mit andersgläubigen Patienten verbessern“, hofft sie. Der Rat ist keinem Amt untergeordnet, völlig autonom. „Er soll positives Vorbild für andere Städte sein, Frieden schaffen“, so Eskandari-Grünberg. **Wird vor den Sitzungen gebetet? Der Vorsitzende lacht: „Bei der letzten Sitzung haben wir nur Kekse gegessen.“**

Website Bistum Limburg

Religionen als Quelle einer friedlichen Stadtgesellschaft 06.04.2009

Rat der Religionen in Frankfurt gegründet



Die Frankfurter Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg mit dem Vorsitzenden des Rates, Pfarrer Ziliaskopoulos (re.) und seinem Stellvertreter, Kaymakci (Foto: Wiese-Gutheil)

FRANKFURT. Der griechisch-orthodoxe Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos aus Frankfurt gibt sich gelassen: „Wir wollen uns jetzt erst einmal kennen lernen und für Verständigung und Frieden eintreten. An allem anderen werden wir arbeiten.“ Der 39-jährige Deutsche, geboren in Reutlingen, ist der erste Vorsitzende des neuen Rates der Religionen, der sich am 1. April in Frankfurt nach fünfjähriger Planung gegründet hatte. Am Montag, 6. April, trat Ziliaskopoulos gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen erstmals vor die Presse. 23 Mitglieder zählt der Rat der Religionen, sie repräsentieren neun in Frankfurt vertretene Religionsgemeinschaften.

„Es ist Zeit, dass der interreligiöse Dialog die engen Räume der akademischen Säle verlässt und sich der breiten Gesellschaft widmet“, betonte Ziliaskopoulos. Er zeigte sich fest davon überzeugt, dass der neue Rat „wesentlich zur Vorbeugung und Lösung ernsthafter gesellschaftlicher Probleme beitragen und der Gestaltung eines harmonischen Miteinanderlebens dienen kann“. Der Respekt für das religiöse „Anderssein“ sei ein wichtiges Fundament für eine tolerante multikulturelle Gesellschaft: „Es ist notwendig, dass wir den „Anderen“ nicht nur akzeptieren, sondern uns ernsthaft um ihn kümmern, ihn als wichtigen Teil des Ganzen sehen“. Wenn das geschehe, könnten die verschiedenen Religionen zur Quelle einer friedlichen Stadtgesellschaft werden.

Die Mitgliedschaft im Rat der Religionen ist freiwillig. Alle Mitglieder haben sich der Achtung des Grundgesetzes und damit der Religionsfreiheit verpflichtet. Sie respektieren das Recht auf Meinungsfreiheit, akzeptieren die jeweilige Eigenständigkeit, verbieten jegliche Diskriminierung und verzichten auf Missionierung. Vertreten sind im Rat drei Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, fünf Mitglieder christlicher Kirchen und Vereinigungen, vier Delegierte islamischer Religionsgemeinschaften und Gemeinden, die buddhistische Religionsgemeinschaft (3 Vertreter), die hinduistische Religionsgemeinschaft (2), die Sikh- und Baha`i-Gemeinde (je 2), die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde

(1) sowie die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (1). Den Vorsitz hat für zwei Jahre Ziliaskopoulos, der die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Frankfurt vertritt, übernommen. Sein Stellvertreter ist der Frankfurter Rechtsanwalt Ünal Kaymakci von der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen. Für die katholische Kirche sind Stadtdekan Raban Tilmann und Joachim Valentin, der Islambeauftragte des Bistums Limburg und Direktor des Bildungszentrums Haus am Dom, in den Rat entsandt.

Die Gründung des Rates, der - bundesweit einmalig – in Frankfurt unabhängig von der Politik agiert, wurde gleichwohl vom Magistrat der Stadt außerordentlich begrüßt. Oberbürgermeisterin Petra Roth, die den Rat schon in der Entstehungsphase als wichtiges Gegenüber in einer multikulturellen Stadt wie Frankfurt unterstützt hatte, will die Ratsmitglieder demnächst offiziell im Römer empfangen. Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg sagte, der Rat solle ein „wichtiger und starker Partner“ werden. Praktische Fragen, etwa eine Sensibilisierung für gläubige Mitbürger in Krankenhäusern oder Beratungsstellen, Impulse für die Jugendarbeit oder die religiöse Erziehung in Kindergärten und natürlich Hilfe bei der Diskussion um neu zu errichtende religiöse Bauwerke in der Stadt, stünden ganz oben auf der Tagesordnung. Der so genannte „Moscheenstreit“ war schließlich einer der Auslöser für den Ruf nach einem Rat der Religionen auch in Frankfurt.

In Frankfurt gibt es eine außergewöhnliche religiöse Vielfalt. Neben den großen Weltreligionen, die ihren Platz im Rat der Religionen haben, sind mindestens 140 unterschiedliche religiöse Gemeinden mit vielen, auf das Stadtgebiet verteilt, Andachtsräumen, bekannt. (dw)

Frankfurt-evangelisch.de

«Rat der Religionen» in Frankfurt gegründet

[6.04.2009] In Frankfurt am Main ist ein «Rat der Religionen» gegründet worden. Das Gremium solle als «beratender Partner der Stadt» das Zusammenleben der mehr als 140 Religionsgemeinschaften fördern und helfen, Konflikte zu überwinden, sagte die Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Bündnis 90/Die Grünen) am 6. April vor Journalisten.

Dem Rat gehören 23 gewählte Mitglieder an. Seine Gründung war von einem privaten Initiativkreis fünf Jahre lang vorbereitet worden. Eskandari-Grünberg sagte, sie erhoffe sich von dem Gremium «neue Impulse für die Jugendarbeit, für Transparenz und gegenseitiges Vertrauen in Nachbarschaften, im Kontakt zu fremdsprachigen Priestern und Predigern und im Umgang mit verschiedenen Bekenntnissen». Der Rat sei «keinem Amt unter- oder übergeordnet», betonte die Integrationsdezernentin. Er sei ein sich selbst organisierender Partner für Öffentlichkeit und Stadtpolitik. Dies unterscheide ihn von «Runden Tischen» in anderen Städten, die auch von den Oberbürgermeistern einberufen würden.

Aufgabe des Rats sei es, sich für das «gleichberechtigte Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger» einzusetzen, erklärte dessen Vorsitzender, der griechisch-orthodoxe Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos. Als Beispiele nannte er die Überwindung von religiösem Fanatismus und das Engagement für die Menschenrechte. Zudem solle das Gremium etwa beim Bau von Kirchen, Tempeln oder Moscheen einbezogen werden. «Wir haben in dem Gremium eine große Vielfalt erreicht», erklärte Ratsmitglied Ilona Klemens, Pfarrerin für Interreligiösen Dialog der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Eine provisorische Geschäftsstelle sei bei der evangelischen Kirche eingerichtet worden.

Im Rat vertreten sind unter anderem die jüdische Gemeinde, die EKHN und das katholische Bistum Limburg, die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen und der Deutsch-Islamische Dachverband Rhein-Main, verschiedene buddhistische und hinduistische Gemeinden und Verbände, die Sikh- und die Bahai-Gemeinde sowie die Mormonen.

Einen «Rat der Religionen» gibt es bereits auf europäischer Ebene, in der Schweiz, in Großbritannien und in einzelnen bundesdeutschen Kommunen, beispielsweise in Köln. In Hessen ist er die erste Einrichtung dieser Art.

(Quelle: epd hessen)

Frankfurt.live.com

Mehr Kooperation – neue Gemeinsamkeiten Der Rat der Religionen beginnt zu arbeiten

(07.04.09) Am 1. April hat sich der "Rat der Religionen – Frankfurt" im Dezernat für Integration gegründet und die Arbeit aufgenommen. Das Gremium für den interreligiösen Dialog und für den Dialog mit Religionen ist ein wichtiger Partner städtischer Integrationspolitik. "Bei diesem Rat geht es um das Zusammenleben in unserer Stadt", so Stadträtin Nargess Eskandari-Grünberg. "Das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger ist durch Religion bestimmt, auch der Alltag derjenigen, die sich selbst keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen. Stadtpolitik und Öffentlichkeit brauchen eine solche andere Stimme zu einer Zeit, da viele Menschen Werte und Maßstäbe suchen und manche meinen, mit oder gegen Religion Politik machen zu können."

Die Gründung wurde durch einen privaten Initiativkreis fünf Jahre lang vorbereitet. "Dem großen Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger gilt mein herzlicher Dank und meine ganze Anerkennung. Ihr wichtiges Vorhaben habe ich gleich nach meinem Amtsantritt in jeder Hinsicht gefördert und inzwischen selbst so viele Gespräche geführt, Arbeitssitzungen geleitet, dass ich sie nicht mehr zählen kann", so Eskandari-Grünberg. "Für das Vertrauen, das mir dabei stets entgegengebracht wurde, möchte ich mich auch öffentlich bedanken."

"Ich habe diese Gründung sehr befördert und dabei Wert darauf gelegt, dass der Rat sich selbst organisiert: Der Rat ist ein wichtiger, autonomer Partner: Unser öffentliches Leben ist säkular. Nur zwischen selbständigen Partnern kann der Dialog zustande kommen, den ich erhoffe und den ich führen will." Dieser Rat wird das Miteinander in Frankfurt fördern und helfen, Konflikte zu überwinden, so die Stadträtin. "Ich erhoffe mir neue Impulse für unsere Jugendarbeit, für Transparenz und gegenseitiges Vertrauen in Nachbarschaften, im Kontakt zu fremdsprachigen Priestern und Predigern und in unserem Umgang mit verschiedenen Bekenntnissen."

Erster Vorsitzender des Rats der Religionen ist Pfarrer Athenagoras Ziliaskopoulos. Für ihn ist es "notwendig, dass wir den 'Anderen' nicht nur akzeptieren, sondern uns ernsthaft um ihn kümmern, ihn kennenlernen, ihn als wichtigen, nicht mehr wegzudenkenden Teil des Ganzen sehen."

Die Gründung dieses Rates ist auch für die Dezernentin ein wichtiges Signal: dass auch Religion nicht trennt, sondern verbinden kann; dass sie auch dann verbinden kann, wenn man sie nicht verschweigt, sondern offen lebt. "Meine Aufgabe als Integrationsdezernentin ist es, Menschen zusammenzubringen. Hierzu leistet der Rat mir große Hilfe. Ich danke den Mitgliedern für ihr Vertrauen und die schon heute gute Zusammenarbeit."

Athenagoras Ziliaskopoulos dankt der Dezernentin: "Ohne die engagierte Arbeit des Initiativkreises gäbe es diesen Rat gar nicht, ohne Sie, Frau Stadträtin, gäbe es ihn gewiss nicht heute."